

Matrix Themen Parteien zur Bundestagswahl (Stand 03.07.2017)

Themen	CSU	SPD	Grüne	Freie Wähler	AfD	Linke	Diözesankomitee
Zukunft von Ehe und Familie	Bayern ist das Familienland. Ehe und Familie verdienen unsere ganze Anerkennung und Unterstützung. Wir wollen eine familien- und kindergerechte Gesellschaft gestalten. Der Staat sollte Familien mit Zutrauen begegnen, nicht mit Misstrauen. Jede Familie soll frei wählen können, für welchen Lebensplan sie sich entscheidet: Ob Elterngeld, Kindergeld, Krippenausbau, Betreuungsgeld, Landeserziehungsgeld oder Ehegattensplitting – wir treten ohne Wenn und Aber für Schutz und Förderung jeder Familie ein.	Für uns ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, sei es in der Ehe, bei alleinerziehenden Müttern und Vätern, in Patchwork-Familien oder beim gleichgeschlechtlichen Paar. Wir möchten Eltern bei der partnerschaftlichen Aufteilung der Aufgaben in der Familie unterstützen mit der Einführung einer Familienarbeitszeit und eines Familiengeldes. Wir möchten das heutige Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting ersetzen. Das neue System soll stärker auf die Förderung von Kindern ausgerichtet sein. Partner in bestehenden Ehen sollen zwischen dem alten Splittingsystem und dem neuen Familientarif wählen können. Kinderarmut werden wir bekämpfen, u.a. durch eine nach Einkommen gestaffelte Kinderförderung.	Familie ist überall dort, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen, und insbesondere dort, wo Kinder sind: in Ehen mit und ohne Trauschein, in Patchwork- und Regenbogenfamilien, bei Alleinerziehenden, bei Pflegeeltern. Jedes Kind muss die gleichen Rechte und die gleiche Absicherung haben. Verantwortung füreinander wird vielfältig gelebt – zwischen Menschen verschiedenen oder gleichen Geschlechts. Wir wollen diese Vielfalt gleichberechtigt anerkennen und Zusammenhalt fördern.	„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“ - so sagt es das Grundgesetz, so sehe ich das. Es wäre falsch, daraus eine Benachteiligung oder Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und Paare zu folgern - das deutsche Lebenspartnerschaftsgesetz bietet deren volle Gleichberechtigung. Die „Ehe für Alle“ lehne ich ab - auch, weil sie ein rechtlich komplett unklarer bis irreführender Begriff ist. Familien mit Kindern sind Grundlage unserer Gesellschaft - sie angemessen zu fördern, ist Aufgabe des Staates.	Die AfD bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Die originären Bedürfnisse der Kinder, die Zeit und Zuwendung ihrer Eltern brauchen, stehen dabei im Mittelpunkt. Es sollte wieder erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und möglichst viel Zeit mit diesen zu verbringen. Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom „Gender-Mainstreaming“ propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen. Kinder sind kein karrierehemmender Ballast, sondern unsere Zukunft.	Familien brauchen stärkere finanzielle Entlastung und mehr Zeit für Erziehung; bessere Unterstützungsangebote für Familien in Problemsituationen; für Kinder kostenlose Bildung von der Kita bis zur Universität; deutlich mehr Unterstützung für Kinder, bei denen Familien teilweise oder ganz ausfallen; deshalb sind z. B. auch Klassenstärken deutlich zu reduzieren; Ehe ist auch mit gleichgeschlechtlichen Partner*innen zu ermöglichen.	Die gültige Ehe ist ein gottgewollter Bund zwischen Mann und Frau, der durch das gegenseitige Versprechen von Liebe und Treue bis zum Tod und von Offenheit und Sorge für Kinder zustande kommt. In der Schöpfungsordnung ist sie durch leiblich seelisch geistige Zuordnung von Mann und Frau begründet, für uns Katholiken ist sie auch Sakrament. Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft verdient große Wertschätzung und Unterstützung in jedweder Hinsicht. Christen grenzen Paare, die dem Ideal nicht gerecht werden, nicht aus. Sie bieten vielfältige pastorale Hilfen an und achten gleichgeschlechtliche Paare, die füreinander Verantwortung übernehmen; als Ehepaare werden sie jedoch nicht verstanden. Aus dem Gesagten ergeben sich vielfältige Konsequenzen:
Generationenvertrag und Renten-gerechtigkeit	Für die CSU ist klar: Rentenpolitik ist Zukunftspolitik. Eine zukunftsfeste Alterssicherung steht für uns auf drei Säulen: gesetzliche Rentenversicherung, private und betriebliche Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die tragende Säule. Wer sein Leben lang gearbeitet und Vorsorge betrieben hat muss im Alter angemessen abgesichert sein. Private Vorsorge kann die staatliche Rente nur ergänzen, nicht ersetzen. Die gesetzliche Rente wird die tragende Säule der Alterssicherung bleiben.	Wir wollen einen Generationenvertrag, der für Jung wie Alt verlässlich eine auskömmliche Rente sichert. Das Rentenniveau soll bis 2030 nicht unter 48 % absinken. Der Rentenbeitragssatz wird bis dahin 22% nicht überschreiten. Das Renteneintrittsalter bleibt bei 67 Jahren. Für alle, die mehr als 35 Jahre gearbeitet haben, wollen wir eine Solidarrente einführen, die 10 % über dem Grundsicherungsniveau liegt. Gute Rente folgt aus guter Arbeit, deswegen wollen wir kämpfen für ordentliche Löhne, ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wollen prekäre Arbeitsverhältnisse zurückdrängen.	Mit der grünen Bürgerversicherung wollen wir bestehende Ungerechtigkeiten beenden, perspektivisch alle Bürgerinnen und Bürger und alle Einkunftsarten in die sozialen Sicherungssysteme einbeziehen. Alle wären gut abgesichert und könnten sich entsprechend ihres Einkommens an der Finanzierung beteiligen. Das hat eine starke positive Wirkung auf Rentenniveau und Beitragssatz. Sehr positive Effekte werden zudem erzielt, wenn Frauen sich im Berufsleben genauso verwirklichen können wie Männer – auch bezüglich ihrer Absicherung.	Rentengerechtigkeit ist eine der großen Zukunftsfragen unserer Zeit, der sich die Politik bislang mit allenfalls halbherzigem Reformeifer stellt. Wir Freie Wähler fordern eine mutige, familiengerechte Rentenreform - bei der das Rentenmodell der katholischen Verbände ein sehr gutes Vorbild sein kann. Wichtig ist dabei der Aspekt der Familiengerechtigkeit: Familien mit Kindern tragen die Zukunft der Rente - und werden im aktuellen Rentensystem benachteiligt. Das ist absurd. Gerade Mütter sind bis heute von teils enormen „Rentenlücken“ betroffen, die durch Erziehungszeiten entstanden sind. Das muss man benennen - und ändern!	Unser Leitbild ist die Familie, für die wir in der Sozialversicherung Abgabengerechtigkeit wollen. Die AfD will die Leistung von Eltern durch die Geburt, Versorgung und Erziehung von Kindern nicht nur ideell, sondern auch materiell anerkennen. Bei der Rente wollen wir die Kinderzahl und die Erziehungsleistung stärker als bisher berücksichtigen. Durch Förderung von Mehrkindfamilien möchte die AfD dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden. Das System der gesetzlichen Rentenversicherung wollen wir so gestalten, dass es leistungsfähig und den Herausforderungen der Zukunft nachhaltig gewachsen ist. Parallel sollen Betriebsrente und private Altersvorsorge gestärkt werden. Diese Systeme werden durch die Zinspolitik der EZB schwer beschädigt. Auch deshalb muss Deutschland aus der Eurozone austreten.	Es gibt kein Rentenproblem durch höhere Lebenserwartung, denn: Bruttoinlandsprodukt steigt, Produktivität pro Beschäftigten verdoppelt sich alle 25-30 Jahre durch weitere Industrialisierung. D. h. armutsfeste Renten sind finanzierbar, 600 oder 800 € Rente nicht hinnehmbar; kein Renteneintritt mit 67 oder später, umlagefinanzierte Rente statt kapitalgedeckte, da letztere noch mehr Druck auf Finanzmärkte und zur Privatisierung staatlichen Eigentums erzeugt; höhere Anerkennung der Erziehungszeiten.	- Eltern leisten mit Rentenversicherungsbeiträgen und Kindererziehung doppelten Beitrag zur gesetzl. Rentenversicherung - Forderung nach Kinderfreibeträgen in den Sozialversicherungen - Einführung der existenzsichernden Sockelrente - eigenständige Alterssicherung für Frauen und Männer, anteilig gleiche Höhe der Altersbezüge bei Tod des Partners - deutlich bessere finanzielle Anerkennung der Erziehungs- und Pflegeleistungen durch Familienangehörige - Stärkung des umlagefinanzierten, solidarischen und leistungsbezogenen Systems der gesetzl. Rentenversicherung - keine Benachteiligung bei berufl. Wiedereinstieg nach Familienphase
Auf Leben und Tod – Lebensrecht am Anfang und Ende des Lebens	Das christliche Menschenbild verpflichtet zum Schutz des menschlichen Lebens, auch des Ungeborenen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben und ein Recht auf Sterben in Würde. Wir dürfen Menschen an ihrem Lebensende nicht allein lassen. Nicht durch die Hand eines anderen soll man sterben sondern an der Hand eines anderen. Wir lehnen organisierte/geschäftsmäßige Sterbehilfe ab. Wir wollen die Hospiz- und Palliativversorgung ausbauen. Wir schützen das menschliche Leben von seinem Anfang bis zum Ende.	Der Schutz des Lebens in jeder Phase ist höchstes Ziel unserer Politik. Das deutsche Recht lehnt zurecht die aktive Sterbehilfe ab und setzt auf die Palliativmedizin und Hospizbegleitung. Aber sowohl das stationäre wie auch das ambulante Angebot im Bereich der Palliativmedizin und der Hospizbegleitung müssen noch flächendeckender ausgebaut werden. Mit der Patientenverfügung kann jede und jeder selbst Festlegungen treffen, wie z.B. mit lebensverlängernden medizinischen Maßnahmen verfahren werden soll. Mit einer Vorsorgevollmacht können Menschen rechtzeitig regeln wer sie vertreten soll, wenn sie sich nicht mehr selbst äußern können. Über diese Möglichkeiten muss noch viel mehr informiert und beraten werden.	Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde ist unser Ausgangspunkt. Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen über ihren Körper ein. Kriminalisierung von Abtreibung hat zu keiner Zeit werdendes Leben schützen können. Das Recht auf Information und Beratung muss allen offenstehen. Ethische Fragen wie „Sterbehilfe“ sind bei uns stets Gewissensentscheidungen. Wichtig ist, Menschen die Angst vor einem qualvollen Tod zu nehmen. Dafür wollen wir Hospiz- und Palliativversorgung verbessern.	Die Würde des Menschen ist unantastbar - von der Zeugung bis zum Tod. Dieser ethische Grundsatz gilt - und ist für mich Leitfaden meiner politischen Arbeit seit Jahren. Erstes Ziel der Politik muss sein, Leben zu schützen. Unter diesem Licht gilt es auch Entscheidungen zur Abtreibung zu betrachten, die nie ‚leichtfertig‘ gefällt werden dürfen und können. Betroffene Frauen verdienen jede Form der Unterstützung und Hilfe - gerade, um sie vor gesellschaftlichem Druck und Verurteilung zu schützen. Aktive Sterbehilfe ist mit dem Grundsatz der Bioethik und des Lebensschutzes nicht vereinbar.	Die AfD setzt sich für eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene ein. Auch ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben. Viel zu oft wird dieses Recht der Selbstverwirklichung oder sozialen Zukunftsängsten untergeordnet. Solchen Ängsten will die AfD durch konkrete Hilfen für Familien in allen Lebenslagen vorbeugen, insbesondere den lebensrettenden Ausweg der Adoption erleichtern und fördern. Das Menschenbild der AfD fußt auf der Eigenverantwortung des Individuums. Dem unveräußerlichen Lebensrecht auf der einen Seite steht auch die unveräußerliche Verantwortung für das eigene Lebensende gegenüber. Dies schließt anderen Menschen gegenüber die Aufbüdung einer Mitverantwortung durch Sterbehilfe aus.	Staat sollte ungewollt Schwangere so unterstützen, dass sie Kindeserziehung und eigenes Leben (u. a. auch Ausbildung) bewältigen können. Das darf nicht am Geld scheitern. Auch am Lebensende soweit als möglich menschenwürdiges Dasein durch entsprechende Pflege und Medizin sichern; Lebensverlängerung um jeden Preis ist aber nicht in jedem Falle im Sinne der Betroffenen, deshalb Selbstbestimmung achten (z. B. Lebensverlängerung durch Maschinen beenden, wenn es entsprechend verfügt wurde).	„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Auf Grundlage von Artikel 1 unseres Grundgesetzes und des christlichen Menschenbildes ist das menschliche Leben von seinem Beginn an (Zeugung) bis zum Tod zu schützen. Aus diesem Grund fordern wir: - Förderung einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft - Unbedingter Schutz des ungeborenen Lebens - Verbot der Leihmutterchaft - Verbot der pränatalen Selektion, der Präimplantationsdiagnostik und des Klonens - Verbot der aktiven Sterbehilfe bzw. der Beihilfe zum Suizid - Förderung palliativer Medizin
Flüchtlinge: Ursachenbekämpfung, Integration	Mit dem CSU-geführten Bundesentwicklungshilfeministerium wollen wir verstärkt die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen. Wir kümmern uns auch um die Menschen, die in unserem Land bleiben. Bayern ist das Land der gelingenden	Das Recht auf Asyl muss unangetastet bleiben. Wir setzen auf eine neue Abrüstungsinitiative, den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit und faire internationale Handelsbeziehungen zur Fluchtursachenbekämpfung. Wer illegale Migration eindämmen	Unsere Flüchtlingspolitik umfasst drei Bereiche: wir wollen die Fluchtursachen bekämpfen und stehen für eine Politik der Krisenprävention, des fairen Handels und der nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit. Das Asylgrundrecht werden wir bewahren	Flucht und Vertreibung sind eine Realität, mit der wir weltweit umgehen müssen. Das verlangt konsequentes Handeln der Politik: Es gilt, Fluchtursachen wirklich (!) zu bekämpfen, Kriege (und Waffenhandel) zu stoppen sowie Entwicklung wirklich zu fördern. Es gilt,	Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert. Irreguläre Migranten aber, die nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen. Entfällt der Fluchtgrund durch Beendigung von Krieg, politischer oder	Handelsbeziehungen werden durch große Konzerne dominiert, stattdessen gerechten Welthandel: Exportüberschüsse abbauen, die andere Länder verschuldet; existenzsichernde Löhne und menschenwürdige Arbeitszeiten in Ländern, die für uns produzieren,	Echte, gelebte Willkommenskultur, statt Abwehrpolitik: • Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe • Einwanderung von Arbeitskräften erleichtern

	Integration. Der Grundsatz „Fordern und Fördern“ steht im Mittelpunkt des Integrationsgesetzes. Wir bieten integrationsbereiten Zuwanderern die Chance auf ein Leben in Freiheit und Sicherheit. Aber unsere Werteordnung und unsere Leitkultur sind nicht verhandelbar.	will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen. Die Integrationsarbeit muss möglichst früh beginnen. Anerkannte Asylbewerber wollen wir noch schneller integrieren über berufsqualifizierende Sprachkurseangebote, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Integration wird im besonderen Maß getragen von den Kirchen und kirchlichen Verbänden, Vereinen, Initiativen und den Gewerkschaften. Allen Engagierten gilt unser großer Dank und unsere weitere Unterstützung.	und uns für rechtsstaatliche, faire und schnelle Asylverfahren einsetzen. Um Flüchtlingen ein gutes Ankommen zu ermöglichen, wollen wir die Integration stärken – beim Familiennachzug, bei Sprachkursen, bei Arbeit und Bildung.	lebensgefährliche Flucht im Voraus zu vermeiden, legale Migration zu ermöglichen und vor Ort zu helfen. Es gilt auch, Flüchtlingsströme zu meistern - etwa durch wirklich koordinierte, auch technische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Es gilt, Menschen und Kommunen voll zu unterstützen, wenn diese vor Ort Unterbringung und Integration von Flüchtlingen meistern. Kurzum: Es braucht Pragmatik - keine Ideologie.	religiöser Verfolgung im Herkunftsland der Flüchtlinge, endet deren Aufenthaltserlaubnis. Die betroffenen Flüchtlinge müssen Deutschland wieder verlassen. Durch ausreichende Mittel der UNHCR für Flüchtlingszentren in heimat- und kulturnahen Regionen soll bereits geflohenen Menschen eine sichere Aufnahmemöglichkeit geboten werden. Jeder Migrant oder Einwanderer hat eine Bringschuld, sich selbst zu integrieren. Er muss sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt. Um die Verantwortlichen für die ab September 2015 geduldete Massenzuwanderung unter Missachtung von Artikel 16 a (2) GG zur Rechenschaft zu ziehen, werden wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Bundestag verlangen.	sicherstellen; Kriege zur Rohstoffsicherung und Konfliktlösung stoppen; keine Rüstungsexporte in Krisenländer; Integration über Bildung/Ausbildung, deutlich kleinere Klassen und mehr Personal an Schulen mit hohem Migrationsanteil, Zugang zum Arbeitsmarkt.	<ul style="list-style-type: none"> Zügiges Asylverfahren und unabhängige Asylverfahrensberatung Therapeutische Angebote für Traumatisierte Konfliktprävention/Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort: <ul style="list-style-type: none"> Faire Handelsregeln und gerechte Wirtschaftsordnung Kontrolle und strenge Regelungen des internationalen Waffenhandels Legale Zugänge in die EU schaffen, um Schlepper zu vermeiden
Verteilungsgerechtigkeit/ Verantwortung für die Güter der Welt	Die Ressourcen unserer Erde sind endlich. Eine nachhaltige Wirtschaft muss sorgsam damit umgehen. Der Bevölkerungsexplosion in Teilen der Welt folgt eine Nachfrageexplosion bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Globale Nachhaltigkeit erfordert, dass wir Nachhaltigkeit regional leben. Bei nicht vermehrbare Anbaufläche wird dies eine große Herausforderung für eine ressourcenbewusste Landwirtschaft. In der Entwicklungszusammenarbeit gilt es, Not zu lindern und rechtsstaatliche Strukturen zu stützen.	Wir brauchen Entlastung für kleine und mittlere Einkommen. Wir wollen kostenfreie Bildung von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und der Meisterprüfung. Wir wollen Steuerbetrug bekämpfen und setzen uns für mehr nationale, europäische und internationale Steuergerechtigkeit ein. Wir setzen uns für soziale Gerechtigkeit im globalen Maßstab ein. Mindestens 0,7 % des Bruttonationaleinkommens gehört in die Entwicklungszusammenarbeit! Die SPD steht für fairen Handel und in allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen für Regeln, die die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards garantieren.	Globale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden können wir nur gemeinsam erreichen. Es braucht gerechte Strukturen im Welthandel, bei der Ressourcen- und Landnutzung, der Energiepolitik sowie eine grundlegende Veränderung der Landwirtschaft und des Konsums. Wir setzen auf den Schutz der Natur, einen sparsamen Ressourcenverbrauch, Kreislaufwirtschaft und Recycling. Um Wohlstand gerechter zu verteilen, braucht es faire Steuersysteme, das Schließen von Steueroasen und klare Regeln für Unternehmen.	„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ - dieser Satz hat zeitlose Gültigkeit. Globale Entwicklungspolitik braucht einen neuen, fairen Ansatz: Partnerschaft auf Augenhöhe. Wir brauchen eine globale Finanztransaktionssteuer und funktionierende Steuersysteme in Schwellenländern. Wir müssen die Ausbeutung Ärmere durch internationale Konzerne verhindern - und brauchen dafür echte „FairHandelsabkommen“, die die Menschenrechte achten.	Die Arbeitswelt soll es allen Bürgern ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben in relativem Wohlstand zu führen. Der staatliche Ordnungsrahmen darf diejenigen nicht zu sehr einschränken, die viel leisten können und wollen, und gleichzeitig diejenigen nicht aus dem Rahmen fallen lassen, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen. Wir stehen dafür, dass wir gegenüber nachfolgenden Generationen eine Verantwortung haben. Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen. Naturschutz darf nicht zu Lasten der Menschen gehen.	Nachhaltigkeit: immerwährendes Wachstum bei endlichen Ressourcen nicht möglich; deutlich stärkere Anstrengung beim Klimaschutz u. a. beim Verkehr (weniger motorisierter Individual- und mehr öffentlicher Verkehr); Umweltschutz nicht dem Argument der Arbeitsplätze opfern; immer größer werdende Vermögens- und Einkommensungleichheit u. a. durch angemessene Steuern beenden und damit soziale Spaltung und ungleiche Einflussmöglichkeiten auf Politik deutlich verringern.	Die Aufforderung der Genesis 1,28 „Macht euch die Erde untertan“ deuten wir heute nicht als Freibrief zum Raubbau, sondern verstehen dies als Sorge für die Schöpfung. Heute sind wir uns unter Gläubigen und Nichtgläubigen darüber einig, dass die Erde im Wesentlichen ein gemeinsames Erbe ist, dessen Früchte allen zugutekommen müssen. Das Prinzip der Unterordnung des Privatbesitzes unter die allgemeine Bestimmung der Güter und daher das allgemeine Anrecht auf seinen Gebrauch ist eine „goldene Regel“ des sozialen Verhaltens und das Grundprinzip der katholischen Soziallehre (Personalität, Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl, Nachhaltigkeit).
Arbeitsmodelle und Lohngerechtigkeit	Fairness durch Arbeit: Erfolgreiches Wirtschaften ist nur mit sozialem Frieden möglich. Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und soziale Sicherheit haben. Gute Arbeit ist familienfreundlich. Wir brauchen flexible Beschäftigungsmodelle für die familienfreundliche Arbeitswelt. Es muss Selbstverständlichkeit sein: Frauen und Männer bekommen gleiches Geld für gleiche Arbeit. Die moderne Arbeitswelt benötigt einen modernen Rahmen. Wir stehen zum notwendigen Schutz der Arbeitnehmer.	Wir wollen Arbeit, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Unser Ziel ist unbefristete Beschäftigung, die sozial abgesichert ist und nach Tarif bezahlt wird. Wir wollen die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die Eindämmung von „Arbeiten auf Abruf“, und den Abbau von geringfügiger Beschäftigung. Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind und die Lohnlücke geschlossen wird. Mitbestimmung ist zentral für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Nur mit Mitbestimmung auf Augenhöhe kann der Wandel in der Arbeitswelt erfolgreich gestaltet werden. Wir wollen sie gesetzlich stärken.	Wir wollen den Arbeitsmarkt so gestalten, dass alle davon profitieren. Jede und jeder braucht eine berufliche Perspektive und soll unter guten Bedingungen arbeiten können. Dazu gehören faire Löhne, familienfreundliche Arbeitszeiten und hochwertige Weiterbildungen. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn bekommen wie Männer. Leiharbeit, Minijobs, Arbeit auf Abruf und Befristungen wollen wir reduzieren, denn sie bergen viel Unsicherheit und führen spätestens im Alter oft zu Armut.	Wir stehen vor neuen, großen Umbrüchen - Stichwort: Digitalisierung und Arbeit 4.0. Politik muss sich dieser Themen jetzt annehmen und die Weichen richtig stellen. Im Mittelpunkt dabei: Der Mensch, die Leistung seiner Arbeit. Wo Roboter künftig Menschen ersetzen, wird eine Automatisierungsabgabe in die Sozialsysteme fällig. Niemals darf es „Persönlichkeitsrechte“ für Roboter geben. Echte Sozialpartnerschaft ist zu fördern, der Mittelstand zu stärken. Arbeit muss sich lohnen und Maßlosigkeit im Management unterbunden werden.	Die AfD will eine „Aktivierende Grundsicherung“ anstelle des Arbeitslosengelds II (sog. „Hartz IV“). Dabei schmilzt der staatliche Unterstützungsbetrag der Grundsicherung mit wachsendem Einkommen immer weiter ab, bis ab einem bestimmten Einkommen Einkommensteuer zu entrichten ist, und der Unterstützungsbetrag entfällt. Das erzielte Einkommen soll nicht wie bisher vollständig mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden. Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist. Die AfD will den Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien und den Mindestlohn beibehalten.	In einer hoch arbeitsteiligen Gesellschaft muss tatsächlich geleistete Arbeitszeit besser bezahlt werden: Das Bruttoinlandsprodukt, der gesamtgesellschaftliche Wohlstand, wird von allen arbeitenden Menschen erwirtschaftet, deswegen muss zunehmende Spreizung bei den Gehältern zurückgefahren werden. Erhöhung des Mindestlohns; Aufgrund der Effizienz- und Produktivitätssteigerungen ist Reduzierung der Arbeitszeit notwendig; auch bessere zeitliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie.	Arbeit 4.0 mit steigender Arbeitsverdichtung, Verunsicherung für die Beschäftigten, Wochenarbeitszeitverkürzung mit ständiger Erreichbarkeit: das sind Stichworte aus der heutigen Arbeitswelt. Dabei gilt es heute, den Mensch wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Forderungen: <ul style="list-style-type: none"> - Sozialversicherungspflicht für alle - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Einsatz für die Anerkennung internationaler Arbeitsschutzrichtlinien (ILO) in internationalen Handelsverträge - faire Arbeits- und Lohnbedingungen - Lohn und Einkommen für ein menschenwürdiges und familiengerechtes Leben (auch im Ruhestand) - Recht auf Arbeit für jede/n

Die Parteien wurden über die Bezirksbüros gebeten, zu den obigen Themen eine Stellungnahme (mit max. 500 Zeichen) abzugeben. Die Sortierung erfolgt nach der Zahl der Erststimmen im Wahlkreis Regensburg bei der Bundestagswahl 2013. ÖDP und FDP haben keine Stellungnahme abgegeben.

Der Standpunkt des Diözesankomitees wurde im Auftrag der Vollversammlung von der AG Bundestagswahl des Diözesankomitees erarbeitet.

Regensburg, 03.07.2017

Manfred Fürnrohr
Geschäftsführer Diözesane Räte